

Behörde
---------

PLZ, Ort	Datum
Sachbearbeiter/-in, ggf. E-Mail	Zimmer-Nr.
Telefon Durchwahl (Nebst.)	Telefax
Aktenzeichen (bitte immer angeben!)	

## Vollstreckungsaufschub durch die/den Vollstreckungsbedienstete/n

Sehr geehrte/r	
auf Ihren Antrag vom	Datum
wird Ihnen	<input type="checkbox"/> ab sofort ab <input type="checkbox"/> Datum
Vollstreckungsaufschub unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Wegfalls gemäß Artikel 26 Abs. 7 VwZVG i.V.m § 765a ZPO wie folgt gewährt:	

Nr.	Forderungsart	Rückstand	zu zahlen sind			
			Raten in EUR	Zahlungs- beginn	Anzahl der Raten	Zahlungs- termin
		EUR				
		EUR				
	Vollstreckungsgebühren	EUR				
	Mahngebühren und Säumniszuschläge	EUR				
	<b>Gesamtsumme</b>	EUR				

☐ Der Vollstreckungsaufschub umfasst auch die während seiner Dauer verwirkten Säumniszuschläge

### Hinweise und Anlagen:

Bereits durchgeführte Vollstreckungsmaßnahmen bleiben bestehen, soweit nicht ihre Aufhebung **ausdrücklich** angeordnet worden ist. Bedingung der Vergünstigung ist, dass die Zahlungstermine eingehalten und die laufenden Raten pünktlich bezahlt werden. Werden die vereinbarten Raten nicht fristgemäß geleistet, wird die Bewilligung **hinfällig**. Sie haben dann mit der sofortigen Vollstreckung des gesamten Rückstandes zu rechnen. Sollte die obige Vereinbarung nicht eingehalten werden, kann der Restbetrag im Wege der Zwangsvollstreckung begetrieben werden.  
Das Recht zur Bestimmung der Tigungsreihenfolge erhält die oben genannte Behörde übertragen.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift

Bescheid erhalten am	Datum
Unterschrift	

### Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid ist/sind die/der in der Anlage beschriebene/n Rechtsbehelf/e zulässig. Die Anlage ist Bestandteil dieses Bescheides.

**Fakultatives Widerspruchsverfahren bei einem Adressaten,  
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten  
ein Zugang eröffnet ist**

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

**Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe entweder Widerspruch eingelegt (siehe 1.) oder unmittelbar Klage erhoben (siehe 2.) werden.**

**1. Wenn Widerspruch eingelegt wird:**

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Er kann auch **elektronisch mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen** unter der umseitig genannten Adresse eingelegt werden. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruches erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

**2. Wenn unmittelbar Klage erhoben wird:**

Die Klage ist bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** zu erheben. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

**Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:**

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde im Bereich der Vollstreckungsforderung ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung.
- Ein elektronisch eingelegter Widerspruch muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen sein. Eine elektronische Widerspruchseinlegung ohne qualifizierte elektronische Signatur ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

**Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:**

\*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐

**Oberbayern:**

Bayer. Verwaltungsgericht München  
Postfach 20 05 43, 80005 München  
Bayerstraße 30, 80335 München

☐

**Niederbayern und Oberpfalz:**

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg  
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg  
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐

**Oberfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth  
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth  
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐

**Mittelfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach  
Postfach 616, 91511 Ansbach  
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐

**Unterfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg  
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg  
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐

**Schwaben:**

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg  
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg  
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

**Fakultatives Widerspruchsverfahren bei einem Adressaten,  
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten  
kein Zugang eröffnet ist**

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

**Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe entweder Widerspruch eingelegt (siehe 1.) oder unmittelbar Klage erhoben (siehe 2.) werden.**

**1. Wenn Widerspruch eingelegt wird:**

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

**2. Wenn unmittelbar Klage erhoben wird:**

Die Klage ist bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** zu erheben. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

**Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:**

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde im Bereich der Vollstreckungsforderung ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung.
- Eine elektronische Widerspruchseinlegung ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

**Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:**

\*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐

**Oberbayern:**

Bayer. Verwaltungsgericht München  
Postfach 20 05 43, 80005 München  
Bayerstraße 30, 80335 München

☐

**Niederbayern und Oberpfalz:**

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg  
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg  
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐

**Oberfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth  
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth  
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐

**Mittelfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach  
Postfach 616, 91511 Ansbach  
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐

**Unterfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg  
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg  
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐

**Schwaben:**

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg  
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg  
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

**Fakultatives Widerspruchsverfahren bei mehreren Adressaten,  
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten  
ein Zugang eröffnet ist**

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Bescheid kann jeder Adressat innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe entweder Widerspruch einlegen (siehe 1.) oder, wenn die übrigen Adressaten dieses Bescheids zustimmen, unmittelbar Klage erheben (siehe 2.).

**1. Wenn Widerspruch eingelegt wird:**

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Der Widerspruch kann **auch elektronisch mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen** unter der umseitig genannten Adresse eingelegt werden. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

**2. Wenn unmittelbar Klage erhoben wird:**

Die Klage ist bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** zu erheben. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

**Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:**

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde im Bereich der Vollstreckungsforderung ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung. Die unmittelbare Klageerhebung setzt die Zustimmung aller gemeinsamen Adressaten des Bescheids voraus. Wirksam zustimmen kann nur, wer keinen Widerspruch eingelegt hat.
- Ein elektronisch eingelegter Widerspruch muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen sein. Eine elektronische Widerspruchseinlegung ohne qualifizierte elektronische Signatur ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

**Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:**

\*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐ **Oberbayern:**  
Bayer. Verwaltungsgericht München  
Postfach 20 05 43, 80005 München  
Bayerstraße 30, 80335 München

☐ **Niederbayern und Oberpfalz:**  
Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg  
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg  
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐ **Oberfranken:**  
Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth  
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth  
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐ **Mittelfranken:**  
Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach  
Postfach 616, 91511 Ansbach  
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐ **Unterfranken:**  
Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg  
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg  
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐ **Schwaben:**  
Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg  
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg  
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

**Fakultatives Widerspruchsverfahren bei mehreren Adressaten,  
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten  
kein Zugang eröffnet ist**

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Bescheid kann jeder Adressat innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe entweder Widerspruch einlegen (siehe 1.) oder, wenn die übrigen Adressaten dieses Bescheids zustimmen, unmittelbar Klage erheben (siehe 2.).

**1. Wenn Widerspruch eingelegt wird:**

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

**2. Wenn unmittelbar Klage erhoben wird:**

Die Klage ist bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** zu erheben. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

**Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:**

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde im Bereich der Vollstreckungsforderung ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung. Die unmittelbare Klageerhebung setzt die Zustimmung aller gemeinsamen Adressaten des Bescheids voraus. Wirksam zustimmen kann nur, wer keinen Widerspruch eingelegt hat.
- Eine elektronische Widerspruchseinlegung ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

**Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:**

\*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐ **Oberbayern:**  
Bayer. Verwaltungsgericht München  
Postfach 20 05 43, 80005 München  
Bayerstraße 30, 80335 München

☐ **Niederbayern und Oberpfalz:**  
Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg  
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg  
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐ **Oberfranken:**  
Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth  
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth  
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐ **Mittelfranken:**  
Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach  
Postfach 616, 91511 Ansbach  
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐ **Unterfranken:**  
Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg  
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg  
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐ **Schwaben:**  
Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg  
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg  
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

## Unmittelbare Klageerhebung ohne Widerspruchsverfahren

### Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** beim **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** erhoben werden. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten** (Vollstreckungsbehörde) **und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

#### Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde im Bereich der Vollstreckungsforderung ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

#### Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

\*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐**Oberbayern:**

Bayer. Verwaltungsgericht München  
Postfach 20 05 43, 80005 München  
Bayerstraße 30, 80335 München

☐**Niederbayern und Oberpfalz:**

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg  
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg  
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐**Oberfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth  
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth  
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐**Mittelfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach  
Postfach 616, 91511 Ansbach  
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐**Unterfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg  
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg  
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐**Schwaben:**

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg  
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg  
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

# Unmittelbare Klageerhebung bei Widerspruchsbescheide über Widersprüche gegen Verwaltungsakte

## Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen den Bescheid der 

Behörde, die den ursprünglichen Verwaltungsakt erlassen hat
---

 vom 

Datum
-------

kann **innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Widerspruchsbescheids** Klage beim **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** erhoben werden. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten** (Vollstreckungsbehörde) **und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

### Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

### Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

\*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐

#### **Oberbayern:**

Bayer. Verwaltungsgericht München  
Postfach 20 05 43, 80005 München  
Bayerstraße 30, 80335 München

☐

#### **Niederbayern und Oberpfalz:**

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg  
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg  
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐

#### **Oberfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth  
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth  
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐

#### **Mittelfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach  
Postfach 616, 91511 Ansbach  
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐

#### **Unterfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg  
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg  
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐

#### **Schwaben:**

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg  
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg  
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

**Obligatorisches Widerspruchsverfahren,  
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten  
ein Zugang eröffnet ist**

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch** eingelegt werden.

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Der Widerspruch kann **auch elektronisch mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen** unter der umseitig genannten Adresse eingelegt werden. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

**Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:**

- Ein elektronisch eingelegter Widerspruch muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen sein. Eine elektronische Widerspruchseinlegung ohne qualifizierte elektronische Signatur ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

**Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:**

\*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐

**Oberbayern:**

Bayer. Verwaltungsgericht München  
Postfach 20 05 43, 80005 München  
Bayerstraße 30, 80335 München

☐

**Niederbayern und Oberpfalz:**

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg  
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg  
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐

**Oberfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth  
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth  
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐

**Mittelfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach  
Postfach 616, 91511 Ansbach  
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐

**Unterfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg  
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg  
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐

**Schwaben:**

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg  
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg  
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg



**Obligatorisches Widerspruchsverfahren,  
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten  
kein Zugang eröffnet ist**

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch** eingelegt werden.

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

**Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:**

- Eine elektronische Widerspruchseinlegung ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

**Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:**

\*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐

**Oberbayern:**

Bayer. Verwaltungsgericht München  
Postfach 20 05 43, 80005 München  
Bayerstraße 30, 80335 München

☐

**Niederbayern und Oberpfalz:**

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg  
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg  
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐

**Oberfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth  
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth  
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐

**Mittelfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach  
Postfach 616, 91511 Ansbach  
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐

**Unterfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg  
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg  
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐

**Schwaben:**

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg  
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg  
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg